

Warum Ungleichheit die Demokratie bedroht

Ein Gespräch mit Marcel Fratzscher (Ökonom und Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung) und Martyna Linartas (Politikwissenschaftlerin und Autorin)

Schaubühne: Frau Linartas, Herr Fratzscher, Ungleichheit ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Doch was ist Ungleichheit überhaupt und woran machen Sie sie fest?

Martyna Linartas: Ich glaube, wenn man von Ungleichheit spricht, dann muss man sich erst einmal klarmachen, um welche Form der Ungleichheit es geht. Ich unterscheide gerne vertikale und horizontale Ungleichheit: Horizontal wäre all das, was wir beispielsweise in Artikel 3 unseres Grundgesetzes finden, so was wie Geschlecht, Hautfarbe, Religion oder ob man mit oder ohne Behinderung lebt. Wozu ich selbst forsche, ist die sogenannte vertikale Ungleichheit. Das ist die Schere zwischen Arm und Reich. Und da wird zwischen Einkommensungleichheit und Vermögensungleichheit unterschieden. Und die, die wirklich gravierend und grotesk ist, ist die Vermögensungleichheit.

Natürlich wird es immer Ungleichheiten geben, aber die große Frage ist, ob diese auf einer freien Wahl beruhen oder ob sie Unfreiheit oder fehlende Wahlmöglichkeiten widerspiegeln.

Marcel Fratzscher: Eine andere Dimension, diesen Unterschied festzumachen, ist Pre-Distribution versus Post-Distribution. Bei der Pre-Distribution geht es um Chancengleichheit, also die Frage, ob Menschen die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Talente und Fähigkeiten zu entwickeln sowie freie Entscheidungen zu treffen. Bei der Post-Distribution geht es um Einkommen oder Vermögen, Gesundheit und Mobilität, also alles Dimensionen, die das Resultat eines gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Prozesses sind. Natürlich wird es immer Ungleichheiten geben, aber die große Frage ist,

ob diese auf einer freien Wahl beruhen, also auf freien Entscheidungen, oder ob sie Unfreiheit oder fehlende Wahlmöglichkeiten widerspiegeln.

SB: Lassen Sie uns auf die Vermögensungleichheit eingehen. In kaum einer anderen westlichen Demokratie ist das Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Wir haben in Deutschland einen Gini-Koeffizienten von 0,83. Der Gini-Wert, also das Standardmaß für ökonomische Ungleichheit, verläuft zwischen 0 und 1, wobei 0 bedeutet, alle haben gleich viel, und 1 bedeutet, eine Person hat alles. Wir sind bei 0,83, das ist schockierend.

ML: Ja, es ist tatsächlich so, dass Deutschland, gemessen am Vermögen, zu einer der ungleichsten Demokratien der ganzen Welt zählt. Deutschland ist in dieser Hinsicht vergleichbar mit Ländern wie Mexiko. Diesen Vergleich mache ich sehr gerne, weil er aufzeigt, wie krass es eigentlich um die Vermögensungleichheit in Deutschland bestellt ist. Häufig sind die Menschen verwundert, weil man, wenn man an Mexiko denkt, direkt größere Armut vor Augen hat. Aber bei Ungleichheit geht es um das Verhältnis von Armut zu Reichtum, beziehungsweise zu Überreichtum. Deutschland hat, obwohl es ein relativ kleines Land ist, die viertmeisten Milliardäre. Milliardäre sind in aller Regel nicht bekannt. Das heißt, den meisten Menschen ist gar nicht bewusst, wie extrem die Vermögensungleichheit in Deutschland ist.

Bei Ungleichheit geht es um das Verhältnis von Armut zu Reichtum, beziehungsweise zu Überreichtum.

SB: Wie kann es gelingen, ein breiteres Bewusstsein für das Thema Ungleichheit in der Bevölkerung zu schaffen?

ML: Da sind durchaus auch wir Wissenschaftler_innen in der Verantwortung, auf eine Art und Weise über dieses Thema zu sprechen, die für alle zugänglich ist. Wir müssen die Problematik anhand von Beispielen und Bildern verständlich machen. Das war auch der Grundgedanke unserer Wissensplattform ungleichheit.info. Wir wollen, dass Jugendliche genauso wie meine

Großmutter verstehen, wie extrem Ungleichheit hierzulande ist und wie problematisch das ist. Es gibt da ein tolles Gedankenspiel von Markus Grabka, einem Ökonomen: Man nimmt sich ein DIN A4-Blatt vor. Ein Zentimeter darauf entspricht 50.000 Euro. Vom unteren bis zum oberen Blattrand kann man Zentimeter für Zentimeter von 0 bis 1,5 Millionen Euro gehen. 99 Prozent aller Deutschen würden irgendwo auf diesem Blatt Papier ihren Punkt setzen. Und wo finden wir die reichsten Familien des Landes? Die Reichsten müssten ihren Punkt 10 bis 20 Kilometer über diesem Blatt Papier machen. 10 Kilometer – das ist die Flughöhe von Flugzeugen. Wir können uns diesen Punkt, den die Überreichen da oben eintragen würden, eigentlich gar nicht vorstellen. Und andersherum denke ich, dass Überreiche keine Ahnung von unseren Lebensrealitäten am Boden haben.

SB: Was bedeutet Überreichtum?

ML: Der Begriff des Überreichtums stammt von Papst Pius XI. aus dem Jahr 1931. Groß gemacht wurde er von einem Nationalökonom aus Österreich, Martin Schürz, der den Begriff aber vor allem deswegen verwendet, um klar herauszustellen, dass exzessiver Reichtum von Wenigen negative Folgen hat – und zwar negative Folgen für die Demokratie, was mich als Politikwissenschaftlerin in erster Linie beschäftigt, aber auch für unser Klima. Deswegen Überreichtum und nicht Superreichtum, weil exzessiver Reichtum nun wirklich nicht super ist.

Keiner kann behaupten, dass dieser Überreichtum wirklich auf Leistung basiert.

SB: Die negativen Folgen aufgreifend: Herr Fratzscher, welche gesellschaftspolitischen beziehungsweise wirtschaftlichen Auswirkungen hat Ungleichheit in Deutschland?

MF: Keiner kann behaupten, dass dieser Überreichtum wirklich auf Leistung basiert. So viel kann niemand leisten. Die meisten Milliardäre sind Erben und haben sich ihr Vermögen nicht selbst erarbeitet. Das betrifft über die Hälfte des gesamten Vermögens in Deutschland, und insbesondere den Überreichtum. Das schafft in einer Gesellschaft die Stimmung, dass es nicht gerecht zugeht, weil denen, die schon viel haben, noch mehr gegeben wird, während ich mit meiner eigenen Hände Arbeit eigentlich kaum etwas ausrichten kann. Ein Drittel der Bevölkerung in Deutschland hat keine nennenswerten Ersparnisse. Und das ist wirklich ungewöhnlich auch im Vergleich zu den USA, wo Haushalte auch in der unteren Mittelschicht häufiger noch ein Eigenheim oder größere Vermögenswerte besitzen.

Kein Vermögen zu haben, heißt in unserer Gesellschaft nicht, dass man nichts zu essen hat oder kein Dach über dem Kopf, das haben zum Glück die allermeisten Menschen noch, es bedeutet vor allem fehlende Teilhabe. Kinder, die in Armut leben, haben nicht die gleichen Möglichkeiten wie andere. Ihnen werden wichtige Chancen für die Zukunft genommen. Neben der sozialen fehlt ihnen auch die politische Teilhabe: Menschen, die in Armut leben oder wenig haben, gehen deutlich seltener zur Wahl. Sie engagieren sich deutlich weniger und haben kaum eine Stimme im öffentlichen Diskurs. Und das führt letztlich auch zu einer Schädigung der Demokratie, wenn ein großer Teil der Bevölkerung im politischen Diskurs nicht gehört wird.

Es gibt kaum ein Land der Welt, das Arbeit stärker und gleichzeitig Vermögen geringer besteuert als Deutschland.

ML: Das kann ich absolut unterschreiben. Es gibt eine breite Studienlage, sowohl auf Deutschland bezogen als auch auf den europäischen Raum und die USA, was wachsende Ungleichheit mit unserem politischen Klima anstellt. Wir sehen auf der einen Seite, dass Menschen in Armut als auch zunehmend in der Mitte der Gesellschaft Vertrauen in politische Institutionen verlieren, weil sie das Gefühl haben, und in Teilen stimmt es ja leider auch, dass nicht Politik für sie gemacht wird. Die Menschen wenden sich von etablierten Parteien ab und extremistischen Parteien zu. Vor allem rechts-extremistische Parteien haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten am meisten Profit daraus geschlagen, wenn Ungleichheit gewachsen ist. Das bereitet mir große Sorge. Andersherum gibt es aber auch Studien, die aufzeigen konnten, dass, wenn man auf kommunaler Ebene Geld investiert, das zu einem Rückgang von rechtsextremistischen Parteien beiträgt. Dieses ganze Gerede, wir könnten uns diesen Sozialstaat nicht leisten, während es hierzulande auf der anderen Seite immer mehr Millionäre und immer mehr Milliardäre gibt, führt dazu, dass die Menschen denken, für wen wird hier eigentlich Politik gemacht?

SB: Welche politischen Schlussfolgerungen lassen sich aus dem gerade Beschriebenen ziehen? Welche Maßnahmen müssten ergriffen werden?

MF: Es gibt sicherlich hunderte von Maßnahmen, aber die ganz großen wären für mich: Erstens eine umfassende Steuerreform. Es gibt kaum ein Land der Welt,

Arbeit muss sich lohnen, sie muss gut bezahlt werden.

das Arbeit stärker und gleichzeitig Vermögen geringer besteuert als Deutschland. So ist es für viele Menschen, wenn sie nicht erben, kaum möglich, nur mit Arbeit Ersparnisse, Vermögen und Sicherheit aufzubauen. Und da geht es nicht nur um Gerechtigkeit, sondern auch um ein ökonomisches Argument: Der Kuchen wird kleiner, wenn wir Menschen, vor allem mit mittleren und geringen Einkommen, so stark über Steuern und Abgaben belasten, wie wir das tun. Das heißt, viele Menschen arbeiten weniger als sie könnten, weil es sich schlicht nicht lohnt. Deshalb wäre es eine Win-Win-Situation, auch für Hochvermögende, wenn wir Arbeit entlasten würden. Damit würde mehr Wohlstand entstehen, von dem alle profitieren. Und im Gegenzug müssten große Vermögen stärker belastet werden. Zum Beispiel über eine Vermögenssteuer. Frankreich, Großbritannien, die USA, also Länder, die ein ähnlich hohes Pro-Kopf-Einkommen haben wie wir, erzielen proportional ungefähr drei- bis viermal mehr an vermögensbezogenen Steuereinnahmen. Wir hätten also 120 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen im Jahr mehr, wenn wir Vermögen so stark besteuern würden wie diese drei Länder. Das würde viele unserer Probleme lösen. Zweitens brauchen wir eine große Reform des Bildungssystems, um Bildungschancen gerecht zu verteilen. Wir wissen aus der Forschung um die Bedeutung der frühkindlichen Erziehung. Wir müssen also viel mehr in die Kitas investieren, in bessere Betreuungsschlüssel und eine höhere Qualität der Angebote. Außerdem ist das zwei- oder dreigliedrige Schulsystem, das extrem viel Verantwortung auf die Eltern abschiebt, ein Problem: Der Bildungsabschluss in Deutschland hängt stark vom Einkommen und vom Bildungsgrad der Eltern ab. Und drittens wäre für mich eine Reform des Arbeitsmarkts vonnöten, denn gut bezahlte Arbeit ist eine entscheidende Grundlage für Chancengleichheit. Wir haben immer noch sehr viele Menschen, die sehr wenig Arbeitseinkommen beziehen. Arbeit muss sich lohnen, sie muss gut bezahlt werden.

Die Einkommenslücke, die Frauen mit Kindern haben, ist hierzulande viel größer als im internationalen Vergleich.

ML: Mit Blick darauf fällt mir noch ein wichtiger Punkt ein: Fast jede zweite Frau in Deutschland arbeitet in Teilzeit, weil die Strukturen einfach nicht gegeben sind, mit Kindern voll zu arbeiten, auch wenn viele Frauen gern mehr arbeiten würden. Die Einkommenslücke, die Frauen mit Kindern haben, ist hierzulande viel größer als im internationalen Vergleich. Wenn man in Deutschland Kinder bekommt, sind die Einbußen, die Frauen erleiden, gigantisch groß. Alleinerziehende sind am häufigsten von Armut betroffen und in mehr als acht von zehn Fällen sind das Frauen. Der Mindestlohn ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt: Wir haben es durch den Mindestlohn geschafft, die Einkommensungleichheit in Deutschland stark zu reduzieren und den Niedriglohnsektor zu verkleinern. Wir sind aber immer noch weit von dem Wert entfernt, den die EU als armutsfesten Mindestlohn vorgibt. Es ist das Mindeste, dass man, wenn man arbeitet, in Würde altern darf und nicht in die Altersarmut rutscht. Der für mich bedeutendste Part, wenn es um die Reduzierung von Ungleichheit geht, ist aber die Steuerpolitik. Welches Werkzeug war das effizienteste im Verlauf des 20. Jahrhunderts, um Ungleichheit zu reduzieren? Es waren hohe und progressive Steuern auf Vermögen. Es braucht also eine Wiedereinführung der Vermögenssteuer. Es braucht eine Reform der Erbschaftssteuer. Wir könnten sehr gut und gerne über eine Finanztransaktionssteuer reden, also eine Verkehrssteuer auf börsliche und außerbörsliche Finanztransaktionen. Wir könnten über eine Steuer für die Überreichen reden. Im Verlauf der neoliberalen Steuerpolitik der letzten Jahrzehnte wurde an sehr vielen Stellschrauben gedreht. Und genau die muss man zurückdrehen.

Welches Werkzeug war das effizienteste, um Ungleichheit zu reduzieren? Es waren hohe und progressive Steuern auf Vermögen.

SB: Es braucht also Steuergerechtigkeit.

ML: Ja, was wir brauchen, ist Steuergerechtigkeit. Und zwar sowohl aus wirtschaftlicher Perspektive, als auch um die Demokratie zu stärken. Wir haben 2027 eine Finanzierungslücke von 30 Milliarden Euro im Staatshaushalt. Es wird aber immer nur nach unten geblickt: An welcher Stelle kann man den Sozialstaat noch weiter abbauen? Aber wir richten überhaupt nicht den Blick nach oben. Und allein schon eine Steuer für Überreiche von nur 2 Prozent auf Vermögen von über 100 Millionen Euro würde dazu führen, dass wir diese Haushaltslücke

schließen könnten. Und mit dieser Vermögenssteuer würden die Überreichen unserer Gesellschaft, von denen wir ja nur knapp 4.000 haben, prozentual überhaupt erst so viel zahlen wie eine Mittelschichtsfamilie es bereits tut. Menschen, die sehr reich sind, erzielen nun einmal nicht Einkommen aus Arbeit, sondern lassen ihre Vermögen für sie arbeiten. Das heißt, sie haben ein passives Einkommen. Was wir brauchen, ist ein Paradigmenwechsel, Schluss mit dem Neoliberalismus. Den haben wir jetzt ein paar Jahrzehnte lang versucht und wir haben auch durchaus daran geglaubt, dass – wenn wir es den Reichen und den großen Konzernen leichter machen würden – mehr Geld bleiben würde für mehr Investitionen, dass Arbeitsplätze geschaffen würden, die Wirtschaft angekurbelt wird und so weiter. Man sprach von der sogenannten Trickle-Down-Economy. Bis schließlich festgestellt wurde, es passiert nichts, es sickert gar nichts runter. Deshalb: Wir müssen das Paradigma wechseln und nicht nur an einer einzelnen Stellschraube drehen, sondern an allen und wirklich bei der Steuergerechtigkeit insgesamt ansetzen.

Was wir brauchen, ist Steuergerechtigkeit.

SB: Es gibt Ideen der Rückverteilung und dazu, wie man Vermögensaufbau von unten ermöglichen könnte. Sie unterstützen das Konzept des Grunderbes. Würden Sie das kurz erläutern?

MF: Erbschaft ist ein Glück, das nicht alle Menschen trifft, und meist trifft es vor allem Menschen, die ohnehin schon ein gutes Einkommen haben zu einem Zeitpunkt in ihren 50ern, wenn die wichtigen Lebensentscheidungen wie Familiengründung, wo man lebt, was man im Leben macht, ohnehin schon längst getroffen sind. Die Idee des Grunderbes ist, dass alle Menschen erben. Und zwar nicht erst, wenn sie alt sind, sondern wenn sie jung sind. Wenn sie in ihren Zwanzigern sind, wenn sie die erste Ausbildung hinter sich haben, wenn sie ins Berufsleben einsteigen, um dann eben mehr Möglichkeiten, mehr Autonomie, mehr Freiheit zu haben, ihr Leben zu gestalten. Die Idee ist, sagen wir mal 30.000 Euro pro jungem Menschen, zum Beispiel im Alter von

Die Idee des Grunderbes ist, dass alle Menschen erben. Und zwar nicht erst, wenn sie alt sind, sondern wenn sie jung sind.

21 Jahren, auszahlen. Wir haben pro Jahrgang ungefähr 700.000 junge Menschen, das wären also knapp 20 Milliarden Euro, die das jährlich kosten würde. Diese Summe könnte man sehr gut durch eine höhere Erbschaftssteuer finanzieren, denn die großen Erbschaften, vor allem Unternehmenserbschaften, sind momentan häufig komplett steuerfrei. Dieses Grunderbe könnte man also finanzieren, indem man denen, die sehr große Erbschaften haben, einen kleinen Teil abnehmen würde und sagen würde: »Das Glück, das ihr habt, teilt das bitte mit allen anderen auch.«

ML: Thomas Piketty, der bekannteste Ungleichheitsforscher der Welt, spricht sogar von einem Grunderbe, das 60 Prozent des Durchschnittsvermögens in einem Land ausmachen sollte. Auf Deutschland übertragen, wären das 190.000 Euro. Und bei Piketty ist das natürlich alles durchkalkuliert. Für Deutschland würde das bedeuten, wir hätten Ausgaben von etwa 140 Milliarden Euro jährlich. Das wäre schon ein großer Brummer und trotzdem wären wir damit immer noch bei einem Bruchteil dessen, was ohnehin jährlich vererbt wird. Würde man vollumfassende Steuergerechtigkeit etablieren – also die Erbschaftssteuer erhöhen, die Vermögenssteuer wiederbeleben, die Einkommenssteuer anders gestalten und so weiter – dann wäre das mehr als finanziert. Die Steuermehreinnahmen, die Piketty in Aussicht gestellt hat, würden bei rund 200 Milliarden Euro liegen. Das heißt, es wären ein Grunderbe und noch einiges mehr drin. Ich hatte das große Glück, auf der »Utopie-Konferenz« der Leuphana-Universität Lüneburg ein Wochenende im Rahmen eines Workshops Leute über dieses Thema diskutieren zu lassen. Und diese kamen am Ende zu dem Schluss, dass sie ein Grunderbe von 100.000 bis 200.000 Euro einführen und bereits mit 18 Jahren auszahlen würden, mit dem Gedanken, dass junge Menschen sich unabhängig vom Elternhaus bilden können. Das war ein wichtiger Aspekt. Ein anderer sehr wichtiger Aspekt war, dass es sukzessive eingeführt werden sollte. Also nicht von einem aufs andere Jahr – damit kein Keil zwischen zwei Jahrgänge getrieben würde und damit auch wirklich Zeit bliebe, um die jungen Erwachsenen an vernünftige Finanzbildung heranzuführen.

SB: Warum scheut sich die Politik, all die von Ihnen genannten Maßnahmen umzusetzen?

MF: Ich glaube, es hat letztlich etwas mit der Frage von Leistung zu tun und wie wir Leistung definieren wollen. Wenn man Menschen in Deutschland fragt: »Was ist für euch Gerechtigkeit?«, dann sagen die Menschen nicht »Gleichheit«. Sie sagen auch nicht »Ansprüche bedienen«, sondern sie sagen zwei Dinge: Leistung soll honoriert und Bedürfnisse sollen gedeckt werden. Denn Leistung heißt nicht gleich hohes Einkommen. Wir haben viele Menschen in systemrelevanten Berufen, das haben wir in der Corona-Pandemie gesehen, die für wenig Wertschätzung und wenig Geld einen essentiellen Job machen. Und darüber müssen wir reden. Wenn man allerdings Hochvermögende oder Menschen der oberen Mittelschicht fragt, ob sie mehr Steuern zahlen wollen, ist der Aufschrei groß: »Das ist ungerecht, wir sind die

Leistungsträger, man kann uns nicht noch mehr wegnehmen!« Und das sind nun mal politisch sehr mächtige Gruppen. Wie mächtig sie tatsächlich sind, haben wir in den letzten 25 Jahren bei den Steuersenkungen gesehen. Der Spitzensteuersatz auf Einkommen war in den 90er-Jahren bei über 50 Prozent. Wir hatten die Vermögensteuer, die 1997 abgeschafft wurde. Solange das Narrativ bestehen bleibt, der Staat würde die Leistungsträger zu stark belasten, so lange werden wir nicht vorankommen. Wenn wir verstehen würden, dass wir die, die wirklich die Gesellschaft am Laufen halten, anders kompensieren müssen, würden wir sehen, dass die gegenwärtige Verteilung der finanziellen Ressourcen ganz eindeutig dem Leistungsgedanken widerspricht. Dann würde es meiner Überzeugung nach auch eine stärkere Belastung von Vermögen, vor allem von passiven Vermögen, die nicht erarbeitet wurden, geben. Ich befürchte aber an dem Punkt sind wir noch nicht. Aber ich bin überzeugt, dass wir da hinkommen werden.

SB: Wagen Sie eine Prognose?

MF: Ich glaube, die Lage in Deutschland muss noch schlechter und schwieriger werden. Ich glaube, wir haben noch nicht den Ernst der Lage erkannt, wirtschaftlich, sozial und politisch. Und ich glaube, innerhalb der nächsten fünf Jahre wird sich eine Menge tun. Fünf Jahre würde ich als Zeithorizont annehmen, um hoffentlich Veränderungen und ein Umdenken zu sehen. Wir können nicht einfach so weitermachen wie bisher.

**Wir müssen aufhören,
von Steuern als
etwas Negativem
zu sprechen.
Vielmehr müssen
wir von Steuern als
dem wichtigsten
demokratischen
Instrument sprechen.**

ML: Ich habe mit meinem Onkel aus Mexiko, der dort stellvertretender Finanzminister war, eine Wette am Laufen, dass wir 2033 den Neoliberalismus überwunden haben. Und das bedeutet, jetzt nicht nur an der einen oder anderen Stellschraube zu drehen, sondern eine Umschreibung der Rolle des Staates vorzunehmen. Sollte der Staat sich zurückhalten und nur am Spielrand stehen? Oder ist er vielmehr ein wichtiger Akteur, den wir unbedingt brauchen? Und welche Rolle sollten die Steuern in diesem Staat spielen? Wir müssen aufhören,

von Steuern als etwas Negativem zu sprechen. Vielmehr müssen wir von Steuern als dem wichtigsten demokratischen Instrument sprechen. Und möchten wir wirklich nach wie vor, dass Politik gemacht wird für große Konzerne und für reiche Individuen? Oder ist das allerhöchste Gut die Stärkung der Demokratie?

Das Gespräch führte die Dramaturgin Bettina Ehrlich.

Marcel Fratzscher ist Wissenschaftler und Autor sowie Kolumnist für DIE ZEIT zu wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Themen, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Professor für Makroökonomie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist u. a. Mitglied des Beirats des Bundeswirtschaftsministeriums und der Euro50 Group. Sein aktuelles Buch »Nach uns die Zukunft« ist 2025 im Berlin Verlag erschienen.

Martyna Linartas ist promovierte Politikwissenschaftlerin. Sie lehrt an der Freien Universität Berlin und arbeitet an ihrer Habilitationsschrift zur (Re-)Produktion von Vermögen in Deutschland. 2022 gründete sie die Wissensplattform ungleichheit.info und leitet diese seitdem. Ihr Buch »Unverdiente Ungleichheit« ist 2025 bei Rowohlt erschienen.